

Billiglohn hinter Gittern

Gefangenen-Gewerkschaft wehrt
sich gegen Sozial-Dumping

Im Mai 2014 schlossen sich erstmals Strafgefangene in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel zu einer Gewerkschaft zusammen. Die „Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO)“, der inzwischen 850 Mitglieder angehören, hat für ihr Engagement für Standards der Gefangenenarbeit nun den Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union erhalten.

SZ: Herr Rast, die niedersächsische Justiz wirbt im Netz um Investoren, die Dinge in Gefängnissen produzieren lassen wollen. Mit dem Satz: „Wir sind ein moderner und leistungsstarker Landesbetrieb mit betriebswirtschaftlicher Ausrichtung.“ Wie klingt das für Sie?

Oliver Rast: Solche Töne sind ganz üblich geworden, vorne dabei sind in dieser Hinsicht die Bundesländer Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und zum Teil Hessen. Das Arbeitsleben hinter Gittern hat tatsächlich mit dem berühmten Tütenkleben und Kugelschrauber-Zusammenbauen früherer Zeiten nichts mehr zu tun. Heute baut der weltgrößte Windkraftanlagenbauer Enercon über Subunternehmer elektronische Bauteile in deutschen Gefängnissen, einige Autobauer ebenfalls.

Im Sinne der Resozialisierung müsste das doch eine gute Entwicklung sein, oder? Eine Angleichung an das reale Leben draußen, eine Brücke in die Arbeitswelt.

Wir haben überhaupt nichts gegen Unternehmen, die in Gefängnissen produzieren lassen. Aber wir haben etwas gegen Sozial- und Lohndumping. Gefangene sind vom Mindestlohn ausgenommen, sie bekommen nur acht bis 15 Euro für einen Acht-Stunden-Tag. Sie sind aus der Rentenversicherung ausgenommen, was ihr Risiko der Altersarmut erhöht, und sie erhalten keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die Bedürfnisse in Haft sind auch anders. Gefangene brauchen kein Geld für Miete oder Essen.

Trotzdem ist Geld wichtig, um Verantwortung übernehmen zu können, zum Beispiel, indem man Opfer entschädigt oder Angehörige unterstützt. Viele Inhaftierte haben Schulden, und es ist auch nicht richtig, dass das Leben hinter Gittern nur günstig wäre. Das, was als Anstaltskost ausgegeben wird, hat einen Gegenwert von nur etwa drei Euro am Tag, für alles weitere müssen sie selbst zahlen: Zigaretten, Schokolade, sogar Kaffee bekommen sie nur in überpreuerten Gefängnisläden, die ein Monopol haben. Mitunter müssen sie noch TV-Pauschalen von zehn Euro im Monat zahlen.



Der Sprecher der Gefangenen-Gewerkschaft ist seit zwei Jahren selbst frei. Der Antiquar **Oliver Rast**, 44, saß dreieinhalb Jahre lang als Mitglied der linken „Militanten Gruppe“ in Haft. FOTO: OH

Die Industrie argumentiert, die Produktion hinter Gittern sei weniger effizient als in Freiheit. Deshalb sei der geringere Lohn fair. Hintergrund ist gerade der Resozialisierungsgedanke: Die Aufgaben für einzelne Gefangene werden zum Beispiel nach pädagogischen statt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verteilt.

Völlig d'accord. Das ist weniger effizient als draußen. Es gibt auch Inhaftierte, die einen Drogenentzug machen. Trotzdem ist das Gefängnis als Billiglohninsel ja offenbar sehr attraktiv für die Industrie, wie wir derzeit sehen. Da könnte der Staat locker etwas dafür tun, dass die Gefängnisarbeiter, wenn sie eines Tages freikommen, wirtschaftlich nicht vor dem Nichts stehen.

INTERVIEW: RONEN STEINKE